

»Wo bleiben die Sonderberater?«

Die Akte Jalloh ist geschlossen. Nun sollen zwei Juristen den Fall politisch aufarbeiten *Von Susan Bonath* **28.10.19**

Seit Ende 2017 bekannt wurde, dass Dessaus Hauptermittler im Fall Jalloh, Folker Bittmann, seine bis dahin eisern vertretene Selbstmordthese verworfen hatte, steht Sachsen-Anhalts Politik im Fokus. Auf Druck der Linksfraction und der mit der CDU und SPD regierenden Grünen orderte der Rechtsausschuss vor zwei Jahren die Ermittlungsakten. Die beiden Juristen Jerzy Montag und Manfred Nötzel sollen sie für die Abgeordneten durchforsten. Doch mit der Mandatserteilung im Juni 2018 stellte der Landtag sie zugleich kalt. Erst nach Abschluss aller Ermittlungen sollten sie tätig werden. Nun hat das Oberlandesgericht (OLG) die Aktendeckel zugemacht. Es könnte losgehen.

Montag und Nötzel sollen anhand Zehntausender Seiten Akten und umfangreichen Videomaterials das Ausmaß der Fehler der Ermittlungsbehörden und der politisch Zuständigen bewerten. Doch wann genau und wie die beiden Juristen ihre Arbeit für das Parlament tatsächlich aufnehmen, ist nur schwer herauszufinden. Das Justizministerium gab auf jW-Nachfrage an, nicht zuständig zu sein und verwies auf den Landtag.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Sebastian Striegel, verkündete in einer Mitteilung nur, die Berater »können nun unverzüglich beginnen«. Und: Um »das staatliche Handeln im Fall Oury Jalloh umfassend aufzuarbeiten«, hätten sie »ein robustes Mandat, Zugang zu allem Material und könnten Gespräche führen«. CDU und SPD äußerten sich nicht öffentlich dazu. Auf Anfrage erklärte CDU-Fraktionssprecherin Sandra Hietel, mit dem OLG-Beschluss beginne die Arbeit der »Sonderberater« automatisch. Konkreter wurde auch SPD-Sprecher Martin Krems-Möbbeck nicht. »Ich gehe davon aus, dass die Pressestelle des Landtages über den Beginn der Tätigkeit der Berater informieren wird«, teilte er auf Anfrage mit. Von dort hieß es auf Nachfrage: »Sie werden sich jetzt auf ihre Tätigkeit vorbereiten.«

Als »bitter« bezeichnete die Linke-Abgeordnete Henriette Quade den Zustand. »Obwohl seit Jahren der Vorwurf und der Verdacht im Raum stehen, dass Jalloh in der Obhut des Landes ermordet wurde, sind die Täter nicht ermittelt und das Versagen in Justiz und Polizei nicht aufgearbeitet.« Quade erinnerte daran, dass alle Regierungsfractionen zusammen mit der AfD Anfang dieses Jahres einen von ihrer Fraktion beantragten Untersuchungsausschuss zum Fall Jalloh verhindert hatten.

Derweil hat Sachsen-Anhalts Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad eine Strafanzeige offenbar auf Eis gelegt. Gestellt hatte sie die Rechtsanwältin Beate Böhler, die den Bruder des Opfers vertritt, Anfang Januar 2019. Sie richtet sich gegen zwei Polizeibeamte, die schon Bittmann 2017 als tatverdächtig benannt hatte. Wegen des OLG-Verfahrens habe man bisher nicht ermittelt, sagte Behördensprecher Jörg Blank auf jW-Nachfrage. Dabei werde es wohl bleiben. Denn das Gericht habe »nicht hinreichend sicher festgestellt, dass Jalloh den Brand nicht selbst hätte legen können«, so Blank.